

Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

I. Qualität in der frühkindlichen Bildung:

1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht von Bündnis90/Die Grünen für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV haben sich in ihrem aktuellen Landtagswahlprogramm 2016 ausdrücklich dafür ausgesprochen, Familienzentren aufzubauen, in denen alle Generationen umfassend beraten und betreut werden. Tatsächlich messen wir Familienzentren, wie sie im Positionspapier des BvdFZ definiert sind, eine entscheidende wenn nicht die zentrale Bedeutung, nicht allein für Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung, sondern auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement sowie für ein insgesamt verbessertes gesellschaftliches Ansehen von und Förderklima für Familien. Zudem können hiermit auch in der strukturschwachen Fläche Angebote ausgebaut und gebündelt und ländliche Räume so auch für junge Familien wieder attraktiver gestaltet werden.

2) Was plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur um nach dem quantitativen Ausbaunun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV wollen für einen qualitativen Ausbau im U3-Bereich:

- den Betreuungsschlüssel in der Krippe und im Hort deutlich senken, nicht zuletzt auch, um Kindern mit Inklusionsbedarf zusätzlich qualifizierte Betreuung angedeihen zu lassen.
- die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung verbessern und an internationale Standards anpassen. Dafür wollen wir eine dual orientierte Ausbildung schaffen, welche die bisherige schulische Ausbildung ablösen soll. Parallel wollen wir auch im Land bereits bestehende Studienangebote wie Early Education ausbauen,
- das Mitspracherecht der Eltern stärken, indem das Bilden von Elternräten auf Kreis- und Landesebene unterstützt und im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit gefördert wird.

Darüber hinaus streben wir auch in unserem aktuellen Landtagswahlprogramm 2016 an, die gesunde Kita-Verpflegung durch ein Landesprogramm zu fördern, wobei die Verpflegung die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllen muss.

3) Welches Fachkraft-Kind-Verhältnis (U3- und Ü3-Bereich) streben die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern an, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV halten es für geboten, sich in der fälligen Novellierung des KiföG-MV zur Verbesserung von Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich an den Mindeststandards der Europäischen Union zu orientieren, die jeweils eine Fachkraft für 3 Kinder bis 1,5 Jahre, 4 Kinder bis 3 Jahre und 8 Kinder zwischen 3 Jahren und Grundschuleintritt vorsehen.

4) Wie möchte das Bündnis90/Die Grünen Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Mecklenburg-Vorpommern fördern und Anreize für die Entstehung neuer Familienzentren geben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen Familienzentren gerade im Flächenland MV als besonders geeignet an, in den strukturschwächeren ländlichen Räumen eine Vielzahl familienorientierter Versorgungsangebote zu bündeln, um sie auch wohnortnah vorhalten zu können. Mit der neuen Raumkulisse der 'Ländlichen Gestaltungsräume' des aktuellen Landesentwicklungsprogramms ist ein geeigneter Rahmen gegeben, um Gemeindeverbänden besonders die Erweiterung konventioneller Kitas in Familienzentren anzuregen und zu ermöglichen. Anregungen dafür können auch aus dem Projekt der Mehrgenerationenhäuser kommen, wie überhaupt auch die behutsame Inklusion der älteren Generationen in die Arbeit der Familienzentren diese noch attraktiver machen kann.

5) Der Bundesverband der Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen/ 993/2006) in Mecklenburg-Vorpommern gelingend umzusetzen. Wie möchten die Grünen in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Mecklenburg-Vorpommern - auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung von Menschen mit Fluchterfahrung - weiter vorantreiben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV unterstützen eine Umsetzung von 'Sure Start' und 'Early Excellence' nach Inhalten und Formen. Gerade die interdisziplinäre Verknüpfung von Familienbegleitung, Erziehungsangeboten und gesundheitlicher Prävention entspricht dem von unserer Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission auch für MV geforderten WHO-Modell der Familiengesundheitszentren. Darüber hinaus fordern wir in unserem aktuellen Landtagswahlprogramm für 'Starke Familien', dass Erzieherinnen und Erzieher, sowie Tagesmütter und Tagesväter kontinuierlich weitergebildet werden müssen, etwa auch zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Eltern.

II. Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

1) Möchte Ihre Partei Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?

Ja.

a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen werden die Grünen auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?

Dies numerisch zu beantworten, wäre unseriös, hieße es doch der Wahlentscheidung ebenso vorzugreifen wie eventuellen Koalitionsverhandlungen oder einer notwendigen Prüfung der Haushaltslage. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV werden allerdings mit aller ihnen von der

Wählerschaft zugestandenene Kraft um ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien ringen. Unsere Prioritäten werden wir dabei sowohl an den lokalen Bedarfen wie an der Attraktivitätssteigerung der ländlichen Räume für Familien setzen.

2) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Die Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Familienzentren mit Schulen und Einrichtungen der Familienbildung und -beratung, die auch nach § 16 Abs. 4 KiföG M-V vorgesehen ist, braucht zusätzliche Strukturen. Werden die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Ja. Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen dringende Notwendigkeiten solcher Koordinierungsleistungen in mehreren Bereichen und werden sich für ihre Förderung einsetzen

3) Sieht Ihre Partei darüber hinaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG M-V) in der kommenden Legislatur?

Ja.

a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen dringenden Bedarf für eine Überarbeitung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes (KiföG) und fordern aufgrund der Komplexität des Gegenstands, dafür eine Expertenkommission einzusetzen, unter Beteiligung folgender Institutionen: Städte- und Gemeindetag MV e.V., Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in MV e.V., Landkreistag MV e.V., Gewerkschaft GWE und Kommunalen Sozialverbund MV sowie den Fachpolitikerinnen und -politikern der demokratischen Landtagsfraktionen. In unserem Landtagswahlprogramm 2016 erklären wir zur notwendigen Novellierung des KiföG, dass:

- das Mitspracherecht der Eltern gestärkt werden soll, indem das Bilden von Elternräten auf Kreis- und Landesebene unterstützt wird und im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit diese zu fördern.
- der Betreuungsschlüssel in der Krippe und im Hort gesenkt wird, da für Kinder mit Inklusionsbedarf nicht geklärt ist, wie die Inklusion hier erfolgen soll.
- die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung verbessert und an internationale Standards angepasst werden muss. Dafür wollen wir eine dual orientierte Ausbildung schaffen, welche die bisherige schulische Ausbildung ablösen soll. Parallel wollen wir auch im Land bereits bestehende Studienangebote wie Early Education ausbauen.
- Erzieherinnen und Erzieher, sowie Tagesmütter und Tagesväter kontinuierlich weitergebildet werden müssen, etwa zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Eltern.
- es das Ziel sein muss Kitaplätze kostenfrei in MV anzubieten.

b) Planen Sie in der 7. Wahlperiode eine Reduzierung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses im U3-Bereich?

Eine Planung bedürfte sicherer Mehrheiten und erscheint aktuell nicht umsetzbar. Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV hat jedoch die Absenkung des Betreuungsschlüssels bereits in der 6. Legislatur eingefordert, sieht dafür weiterhin Handlungsbedarf und wird diese Forderung im Sinne unserer Antwort auf Frage I. 3) auch in der kommenden Wahlperiode erneut einbringen.

c) Planen die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung eine Ergänzung des § 8 KiföG M-V (Bildungs- und Erziehungspartnerschaft), um eine Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnisse bei der Konzeption der Kindertageseinrichtung zu ermöglichen und ihnen die Information über die Angebote der Einrichtung zur Verfügung zu stellen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV haben sich zur konkreten Teilhabe von Eltern ohne Deutschkenntnissen bei der Konzeption der Kita bislang nicht im Einzelnen positioniert. Eine volle Teilhabe und umfassende Selbstbestimmung entspricht jedoch den bündnisgrünen Grundwerten und dürfte unsere uneingeschränkte Zustimmung und nachdrückliche Unterstützung erfahren. Eine barrierefreie Information über die Teilhabeangebote, wie etwa der Kinderbetreuungs und Familienberatungseinrichtungen erscheint uns selbstverständlich.

III. Vereinbarkeit Familie und Beruf:

1) Wie möchte Bündnis90/Die Grünen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern?

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV forderte in der Enquete-Kommission hierfür bereits:

- die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie, Engagement und Beruf in einem erneuerten Bündnis für Arbeit zu verwirklichen. Dazu müssen Pendlerströme verringert werden, eine hochwertige und flächendeckende Kinderbetreuung erreicht und erhalten werden, flexible Elternzeitoptionen ermöglicht werden, sichere Rückkehrmöglichkeiten verfügbar sein, die volle Anrechnung von Mutterschutz- und Erziehungszeiten auf die Alterssicherung gewährleistet werden; ferner sind dafür Verbesserungen im Arbeitsrecht, der Familienförderung, der Infrastruktur, der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger, flexiblerer Arbeitszeitmodelle, Heimarbeitsoptionen oder Elternarbeitsplätze notwendig.
- als eine Voraussetzung für die Wirtschaftsförderung die schriftliche Verpflichtung von Unternehmen, Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben im eigenen Unternehmen durchzuführen oder einzuleiten sowie das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten; ferner Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten (ohne Auszubildende) einen Frauenförderplan zur Fördervoraussetzung zu machen. Dieser Frauenförderplan soll den inhaltlichen Anforderungen des § 3 des Gleichstellungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern genügen und verbindliche

Aussagen zur quotierten Besetzung von Führungspositionen enthalten.

- die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu ermöglichen, indem die Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger oder minderjähriger Angehöriger von Arbeitgebern unterstützt wird, etwa durch Kooperationen mit externen Dienstleistern oder zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Entlastung der pflegenden Angehörigen bzw. durch zeitliche Entlastung ihrer Mitarbeiter und indem die Unternehmen ihre Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen durch eine lebensphasenorientierte und geschlechtersensible Personalentwicklung verbessern,
- ein Aktionsprogramm für eine umfassende Beratung von Beschäftigten wie von Unternehmen über branchenspezifische Modelle der Vereinbarkeit von Privat- und Erwerbsleben, Kinderbetreuung und Servicestellen umzusetzen und diese Beratungsangebote systematisch auszubauen und untereinander zu vernetzen,
- für Beschäftigte im Schichtdienst bedarfsgerechte spezifische Kinderbetreuungsangebote weiter auszubauen.

In unserem aktuellen Landtagswahlprogramm sprechen wir uns außerdem für einen geförderten Ausbau der Tagespflege aus.

2) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der Grünen maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?

a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:

b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):

c) Partizipation der Eltern - Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen (§ 8 KiföG M-V):

d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht von Ihrer Partei maßgeblich sind:

Vergleichen Sie hierzu bitte unsere Antworten auf Frage III. 1)

IV: Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

1) Welche Rolle haben aus Sicht der Grünen Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von neuzugewanderten Familien in den Städten und Gemeinden?

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV spielen Kitas und aufgrund ihres umfassenderen Angebots noch mehr die Familienzentren die Hauptrolle bei der Integration von neu zugewanderten Familien, da sie noch vor mehr oder weniger öffentlichen, beruflichen Tätigkeiten auf unmittelbare Bedürfnisse von Eltern und Kindern antworten. Anhand der Kinder und ihrer Spielfreundschaften bilden sich Brücken auch für die Eltern bis hinein in den Austausch mit und ins Engagement für einander.

2) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht Ihrer Partei aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen im frühkindlichen Bereich die besten Chancen für gerechtere Teilhabe in einer wirklich inklusiven Gesellschaft. Zudem sehen wir mittel- und langfristig eine reale Kostenersparnis durch diese eigentlich präventive Arbeit, bzw. umgekehrt erwarten wir in jeder Hinsicht Vorteile aus der Inklusion heterogener Einflüsse.

3) Welche Chancen sieht Bündnis90/Die Grünen in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen zu fördern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen in einer dezentralen Unterbringung, quartiersbezogener Unterstützung so wie einer aufsuchenden und interdisziplinären Arbeit – entsprechend dem von uns geforderten WHO-Modell der Familiengesundheitspflege – die besten Chancen für die Integration von Familien mit Fluchterfahrungen.

4) Möchten die Grünen interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

Ja, dies entspricht unserem Grundverständnis von Integration, Teilhabe und gesellschaftlicher Vielfalt.

a) Wenn ja, plant Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung dies in die verbindlichen Standards für die Curricula der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte aufzunehmen (§ 11a Abs. Abs. 4 KiföG M-V)?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV haben sich hierzu bislang nicht ausdrücklich positioniert. Da dies jedoch den bündnisgrünen Grundwerten voll entspricht, nehmen wir diese Anregung sehr gerne auf und erwarten aus unserer Mitgliederschaft wie aus unserer Wählerschaft dafür uneingeschränkte Zustimmung und nachdrückliche Unterstützung.

b) Planen die Grünen bei einer Regierungsbeteiligung diesbezüglich eine finanzielle und/oder fachliche Unterstützung für Fachkräfte?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV haben sich hierzu bislang nicht eingehend positioniert. Da wir dies jedoch grundsätzlich befürworten, erscheint eine entsprechende finanzielle ebenso wie fachliche Unterstützung dafür zwingend.

5) Ab wann gilt aus Sicht der Grünen ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Kinder, die geflüchtet sind? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV sehen Kinder- und Familienrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus und daher völlig gleichberechtigt mit denen deutscher Staatsbürger. Wer Integration will, muss auch volle Teilhabe ermöglichen. Dazu gehört auch eine qualifizierte Kinderbetreuung, die Herkunft und Schicksal berücksichtigt. Folglich fordern wir diesen Rechtsanspruch ab dem Moment der Erstaufnahme.

6) Wie plant Ihre Partei in der kommenden Legislatur eine Integration von Familien mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV fordern in ihrem aktuellen Landtagswahlprogramm 2016 die Schaffung guter Grundlagen für die Integration, nämlich indem wir:

- die ministeriale Zuständigkeit für Flüchtlinge im Sozialministerium ansiedeln, denn Integration ist eine soziale und keine Sicherheitsaufgabe.
- eine Beauftragten-Stelle schaffen. Diese soll personell gut genug ausgerüstet sein, um die Belange der Zugewanderten in die politische Diskussion einzubringen, gegenüber Politik und Behörden wirkungsvoll zu vertreten und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.
- ein Partizipations- und Integrationsgesetz in den Landtag einbringen, in dem Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen eines Integrationskonzeptes sowie dessen Finanzierung verbindlich geklärt werden; und Aufgaben und Funktion von Integrationsbeauftragten auf Landes- und Kommunalebene verpflichtend geregelt werden.
- die Migrantenselbstorganisationen weiter unterstützen, sowie Wohnerräte in den Unterkünften und Integrationsbeiräte unter Berücksichtigung bereits heute bestehender Strukturen weiter ausbauen und fördern.
- „Welcome-Center“ in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt schaffen um Teilhabe-, Beratungs- und Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu organisieren.
- die Sprach- und Dolmetscherpools ausweiten und dauerhaft absichern.
- bei der Unterbringung und Verteilung von Flüchtlingen familiäre Zusammenhänge über die Kernfamilie hinaus berücksichtigen.
- endlich die Krankenkassenkarte für alle Asylsuchenden und Geduldeten einführen.
- Sprachkursprogramme von Bund und Land ausweiten, sodass Flüchtlingen Zugang zu einem Sprachkurs ab dem ersten Tag ermöglicht wird.
- ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen und Nachqualifizierungen ermöglichen.
- Abschiebungen vermeiden und bei nicht abwendbaren Abschiebungen unnötige Härten wie Nachtabschiebungen und Familientrennung verbieten, sowie Rückkehrberatung einrichten. Familienzentren in diese wichtige Aufgabe einzubinden, ist eine wertvolle Anregung, die wir gerne aufnehmen. Vielen Dank dafür!

V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

1) Welche Maßnahmen planen die Grünen zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem

Gesundheitswesen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV bekennen sich zu einer Trägervielfalt, die auch die Verschiedenheit der Bedürfnisse wirksam abbildet. Allerdings muss diese Angebotsvielfalt auch den Bedarf erreichen und stillen können. Daher sprechen wir uns für niederschwellige und ganzheitliche Beratungsangebote aus. Diese können in der Tat durch Familienzentren sehr gut geleistet werden. Ob hierfür auch eine Entsülung notwendig wird, muss verwaltungsrechtlich und -wirtschaftlich geprüft werden.

2) Die Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erreicht aus Sicht des BVdFZ nicht die Familien, die sie benötigen. Welche Angebote und Maßnahmen planen die Grünen um Multiproblemfamilien in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen und sie zu unterstützen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV halten eine aufsuchende und interdisziplinär wirkende Beratungs und Aktivierungsarbeit, wie sie bereits dem von uns geforderten WHO-Modell der Familiengesundheitspflege eingeschrieben ist, auch für andere Lebensfelder für geboten. Diese können gewiss auch in Familienzentren, wie sie im Positionspapier des BvdFZ definiert sind, sinnvoll verankert werden.